
MEDIENMITTEILUNG – Luzern, 25. Oktober 2018

WOHNEN SCHWEIZ zum Entscheid der nationalrätlichen Kommission WAK

Baugenossenschaften vor den Kopf gestossen

Ein schlechter Tag für die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften: So reagiert der Verband WOHNEN SCHWEIZ auf das Nein der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) zum Rahmenkredit für die Aufstockung des Fonds de Roulement. Der Verband der bürgerlichen Baugenossenschaften erwartet eine Korrektur im Nationalrat - im Interesse des nationalen Wohnfriedens und zur Stärkung der Selbstverantwortung.

Um was geht es? Die Förderung des preisgünstigen Wohnraums steht in der Bundesverfassung. In der Umsetzung beschränkt sich der Bund auf Bürgschaften und den Fonds de Roulement als Hauptfinanzierungsinstrument. Der Fonds de Roulement ist eine ergänzende Hilfe für die vielen gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften. Seit 2003 konnten mit dem Fonds de Roulement jährlich rund 1500 Sanierungen oder Neubauten von Wohnungen mitfinanziert werden. Die Hauptfinanzierung liegt bei den Baugenossenschaften selbst.

Bewährter Weg statt riskante Experimente

Die zinsgünstigen Darlehen aus dem Fonds de Roulement sind insbesondere für neu gegründete Genossenschaften eine wichtige Finanzierungshilfe. Das Bundesparlament hat auf Antrag des Bundesrates über eine Aufstockung um 250 Millionen Franken zu befinden. Das Nein der vorberatenden nationalrätlichen Kommission WAK kommt bei WOHNEN SCHWEIZ, dem Dachverband bürgerlicher Baugenossenschaften, ganz schlecht an. „Damit werden die Baugenossenschaften, die sich seit Jahrzehnten auch für den Mittelstand engagieren, vor den Kopf gestossen“, sagt Daniel Burri, Präsident von WOHNEN SCHWEIZ, dem Dachverband von 400 Baugenossenschaften. „Wenn nicht mehr hier, wie denn will der Bund seinen Verfassungsauftrag überhaupt noch erfüllen?“

Dachverband stützt bundesrätliche Wohnpolitik

WOHNEN SCHWEIZ bezeichnet das Nein der nationalrätlichen Kommission als „politisches Hochrisikospiele“. Demgegenüber stützt der Verband das bundesrätliche Konzept in der Wohnpolitik mit dem bewährten Finanzierungsinstrument des Fonds de Roulement und der Ablehnung der hängigen Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ des Mieterinnen- und Mieterverbandes.

Selbstverantwortung statt Verzerrung der Marktkräfte

WOHNEN SCHWEIZ, der Verband der bürgerlichen Baugenossenschaften, setzt auf die ständerätliche Schwesterkommission beziehungsweise auf die Parlamentsmehrheit. Eine Ablehnung wäre ein Schlag gegen das Prinzip Selbstverantwortung. Seit Jahrzehnten realisieren im ganzen Land viele Engagierte in den Wohnbaugenossenschaften bezahlbaren Wohnraum auf der Basis der Kostenmiete. In Landregionen, in Berggebieten und in den boomenden Städten wird ohne grossen bürokratischen und staatlichen Aufwand bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Dafür sind die Baugenossenschaften auf die Unterstützung des Fonds de Roulement angewiesen.

WOHNEN SCHWEIZ – Verband der Baugenossenschaften steht für eine nachhaltige Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus im Sinne einer Hilfe zur eigenverantwortlichen Selbsthilfe ein. Als Dachorganisation des preisgünstigen Wohnungsbaus vertritt WOHNEN SCHWEIZ auf der Basis einer bürgerlichen Grundeinstellung die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Öffentlichkeit, Staat und Wirtschaft.

*WOHNEN SCHWEIZ – Verband der Baugenossenschaften
Obergrundstrasse 70
6002 Luzern*

Pressekontakt: Präsident Daniel Burri oder Geschäftsführer Hanspeter Käppeli, 041 310 00 50